Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Otto Siemer. Stellv. Chefredakt.: Dr. Hans Hiss. Chefs vom Dienst: Dr. W. Hühne, Fred Hansch. Außenpolitik: Heinrich Meske, Innenpolitik: Günther Gaedke, Nachrichten: Rudolf Brüning, Lokales und Kommunales: Josef Ollig, Norddeutsche Politik: Georg Zimmermann, Sport: C. F. Mossdorf, Feuilleton: Eberhard von Wiese, Kulturpolitik: W. M. Herrmann, Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg, Schiffahrt: Diplom-Volkswirt H. H. Kroll, Allgemeines: K. Losch, Film: Frauke Sotte, Bilder: Karl Gröning jr., Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 29. — Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Verlagsleiter: H. H. Schrodenbach. Anzeigenleiter: Rudolph Gothner.

Ohne Strauß

Sowohl der neuen bayerischen Landesregierung als auch dem umgebildeten künftigen fünften Kabinett Adenauer wird ein Mann nicht angehören: Franz Josef Strauß. Die Chance, Ministerpräsident von Bayern zu werden, hat der prominenteste, aber auch umstrittenste bayerische Politiker vor zwei Monaten nach reiflicher Überlegung selbst ausgeschlagen. Bis vor kurzem war auch seine Position in Bonn nicht ernsthaft gefährdet. Strauß selbst gefährdete sie und sich durch eine Reihe von Handlungen, die er sicher als pflichtgemäß ansah, die aber — überdies in einer äußerst heiklen Angelegenheit — gleichwohl fehlerhaft waren und daher mit Recht beanstandet wurden.

Aus einem sehr ernsten Fall, bei dem es um den Verdacht des Landesverrates geht, wurde vor allem durch seine Maßnahmen eine Affäre, die die ohnedies nicht sonderlich stabile Bonner Regierungskoalition im Kern erschütterte. Der Schritt, zu dem sich der Bundesverteidigungsminister jetzt entschlossen hat, war daher seit Tagen als die unvermeidliche Konsequenz aus Vorgängen erwartet worden, die im In- und Ausland großes Aufsehen erregt hatten. Anfang dieser Woche hätte Strauß diesen Schritt, wäre er dem Rat seiner wirklichen Freunde gefolgt, mit einer großen Geste vollziehen können. Er verzichtet aber auch jetzt noch auf den Kabinettssitz in der nächsten Regierung Adenauer so rechtzeitig, daß dadurch die Regierungsneubildung erleichtert wird, mit der Adenauer nun offensichtlich schnell zu Ende kommen will.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als sitze Strauß nunmehr zwischen zwei Stühlen. Aber der bisherige Verteidigungsminister, der die deutsche Bundeswehr in einer kritischen Phase energisch, umsichtig und fachkundig aufgebaut und sich dadurch bleibende Verdienste erworben hat, ist und bleibt eine politische Potenz in diesem Lande. Seine steile Karriere, die ungewöhnlich war und vielleicht sogar etwas zu steil verlaufen ist, dürfte mit diesem Verzicht auf den Kabinettsrang keineswegs beendet sein.

Im Parlament findet Strauß, dem auch seine schärfsten Gegner eine starke politische Begabung nicht absprechen, ein weites Betätigungsfeld, das ihm vielleicht auch manchmal eine schöpferische Pause erlaubt. Im Parlament aber kann er auch weiter mit großer Wirkung seine umfassenden militär-strategischen und militär-technischen Kenntnisse, die er sich während seiner sechsjährigen Amtszeit erworben hat, in den Dienst der Sache stellen. Der Nachfolger an der Spitze des Bundesverteidigungsministeriums — wer immer es sei — wird mit Sicherheit auf diese Unterstützung seines Amtsvorgängers angewiesen sein. Das dürfte sich schon in Kürze zeigen.

Aus der Distanz

Neue Konstellationen

Von WILHELM BACKHAUS

Die an dieser Stelle unter dem Kennwort „Aus der Distanz" wöchentlich erscheinenden Artikel des Kolumnisten Wilhelm Backhaus stellen seine eigene, unabhängige Meinung dar. Wir veröffentlichen sie in dem Wunsche, damit Beiträge zur Diskussion der politischen und kulturellen Entwicklung und zur Klärung der Anschauungen zu liefern.

In den letzten Wochen haben in der Weltpolitik so grundlegende Veränderungen stattgefunden, und sie werden künftig eine so außerordentliche Rolle spielen, daß man gut tut, sie in den wichtigsten Punkten noch einmal zusammenzufassen.

Da ist zunächst die doch einigermaßen überraschend gestiegene Vehemenz Chinas und seiner militärischen Aktionen gegen Indien. Hier kommt es vor allem darauf an, endlich einen zutreffenderen Begriff vom Ganzen dieses gewaltigen Landes und von seinen Möglichkeiten zu bekommen, um dadurch die Einzelheiten seiner Politik besser zu erkennen. Zunächst muß dabei festgestellt werden, daß niemand, dem Geschichte und Charakter Chinas einigermaßen vertraut sind, im Ernst hat glauben können, es werde sich länger als unbedingt notwendig mit der Rolle eines Satelliten der Sowjetunion begnügen. Seit Jahrhunderten in dem ungeheuren Ausmaß seiner Ländermassen und seiner Kräfte zum ersten Male geeinigt, dürstet es schon aus der brennenden Erinnerung an erlittene Demütigungen danach, niemandem mehr zu folgen, sondern selbst zu führen, seine Macht zur Geltung zu bringen und wieder zur „Mitte" zu werden. Deshalb bestehen auch durchaus Zusammenhänge zwischen den seit Jahren nicht mehr abreißenden, den Weltkommunismus schwächenden Konflikten Peking-Moskau und Maos unerklärtem Krieg im Himalaja, der natürlich keineswegs in das russische Konzept paßt. Die Beobachter haben zweifellos recht, die hinter diesem Feldzug den Willen sehen, einerseits die militärische Macht Chinas vor aller Welt zu demonstrieren und andererseits die völlige Unabhängigkeit seiner Entschlüsse. Dadurch ist noch deutlicher geworden, was sich auch vorher schon abzeichnete: Der Kommunismus teilt sich mehr und mehr in eine asiatische und eine europäische Gruppe. — Eine andere Frage ist die nach der Wirkung von Chinas Gewaltsamkeit auf seine Umwelt und auf die Neutralen. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die Chinesen als Repräsentanten des fanatischsten Antiimperialismus, die sie vorgeben zu sein, heute noch irgendwo überzeugen können. In ihrer Nachbarschaft jedenfalls werden sie die Abwehrkräfte nun noch stärker mobilisieren.

Indiens ungenügende Ausrüstung

Auf die Dauer nicht von minderer, wahrscheinlich von größerer Bedeutsamkeit für das Kraftfeld der Weltpolitik wird Indiens aufgezwungener vollkommener Wandel seiner Einstellung sein. Ein verbreitetes Vorurteil, in dem, wie die kürzlich veröffentlichten „Lagebesprechungen" zeigen, erstaunlicherweise auch Hitler befangen war, muß allerdings vor allem beseitigt werden: Der Irrtum, Indien fehle es an kriegerischen Talenten. In Wirklichkeit verfügen die Inder über ein großartiges Soldatentum, das sich im Rahmen der innerhalb des britischen Weltreiches selbständigen anglo-indischen Armee in fast zweihundert Jahren geschlossener Tradition auf fast allen Kontinenten mit Ruhm bedeckt hat. Die Niederlagen, welche die indischen Truppen jetzt zunächst erlitten, haben deshalb nicht das geringste mit mangelnden militärischen Qualitäten zu tun, wohl aber mit der völlig ungenügenden modernen Ausrüstung, und diesem Mangel wird durch die Hilfe des Westens gegenwärtig schnell und energisch abgeholfen.

Der Konflikt mit Pakistan

Damit aber sind wir bei einem Hauptfaktum. Selbst wenn Indien, was durchaus möglich ist, seine Zugehörigkeit zum Block der Neutralen nicht aufgeben möchte, ist es nun doch durch die lebensrettende Unterstützung, die es vom Westen annehmen muß, in dessen Front eingeschwenkt. Nachdem es am eigenen Leibe den aggressiven Willen der zweiten kommunistischen Weltmacht erfährt, kann es nicht mehr wirklich außerhalb des großen politischen Weltgegensatzes bleiben. Für den Westen erwächst daraus allerdings die Verpflichtung, Indien nun noch weit mehr als in der Vergangenheit auch wirtschaftlich zu helfen, seine geistige Selbständigkeit gerade jetzt zu stärken und so auf alle Fälle den Eindruck zu vermeiden, als sei Indien von neuem in eine Abhängigkeit geraten.

Leider hat die Waffenhilfe der USA und Englands an Indien insofern höchst problematische Folgen gehabt, als nun Pakistan, seit der Unabhängigkeit durch den Kaschmir-Streit mit der Indischen Union zerfallen, dem Westen bedenklich entfremdet wurde. Die Besorgnis, die an Indien gelieferten Waffen könnten schließlich nicht gegen China gerichtet, sondern zur endgültigen Entscheidung in dem lange schwelenden Konflikt benutzt werden, hat das ganze pakistanische Volk zutiefst ergriffen, hat es sogar China genähert, und es war in der Tat dringend, daß sich englische und amerikanische Staatsmänner vom Range Duncan Sandys und Harrimans in diesen Tagen anscheinend mit Erfolg bemühten, Pakistan von der Grundlosigkeit seiner Befürchtungen zu überzeugen. Dieses Land war und ist als Mitglied der zwei großen Bündnissysteme des Westens im Orient und in Südostasien so bewährt und unentbehrlich, daß sein Überwechseln auch nur in die Reihe der Neutralen unbedingt verhindert werden muß.

Die umwälzenden Vorgänge in Asien bilden jedoch, so folgenreich sie sein werden, nicht die eigentliche große Veränderung. Diese wurde durch den vorläufigen Ausgang der Kuba-Krise herbeigeführt, und sie bedeutet nichts Geringeres, als das nunmehr das Gesetz des Handelns in der Weltpolitik an den Westen, genauer: an die USA übergegangen ist. Es hat sich erwiesen, daß das militärische Potential der Sowjetunion und ihrer Satelliten, daß vor allem ihre nuklearen Mittel keineswegs dem rhetorischen Donner, den Drohungen und Einschüchterungen entsprachen, die Chruschtschow bei jeder Gelegenheit, die er für geeignet hielt, anzuwenden pflegte. In demselben Augenblick, als Kennedy keinen Zweifel darüber ließ, daß die USA ihre ganze Macht einsetzen würden, wenn der Kreml nicht seine aggressiven Unternehmungen auf der karibischen Insel ungeschehen machte, gab es nur noch sowjetische Rückzüge. Von Woche zu Woche wurde Fidel Castro immer peinlicher seinem Schicksal überlassen; nicht nur die Raketen, auch die sowjetischen Flugzeuge werden von Kuba zurückgezogen, und kaum eine russische Gegenforderung ist bewilligt worden. So erleben wir augenblicklich eine Veränderung der Situation und des politischen Klimas, die noch vor wenigen Monaten niemand für möglich gehalten hätte. Es wäre falsch, diese Wandlung für nur vorübergehend zu halten, denn die so plötzlich offenbar gewordene Überlegenheit Amerikas wird noch wachsen. Insofern besteht seit langem zum ersten Male Anlaß für einen gewissen Optimismus, an dem die asiatischen Entwicklungen und Perspektiven sehr wohl ihren Anteil haben.

Die Abhängigkeit von den USA

Ein Umstand allerdings, der verblüffend ist und sehr viele bisherige Vorstellungen und Absichten als ungültig erweist, darf in der Tat bei den dramatischen Vorgängen der letzten Zeit nicht übersehen werden: Die Vereinigten Staaten haben ihren außerordentlichen Erfolg ohne jede Mitwirkung ihrer Verbündeten erzielt. Schon als die USA erklärten, sie würden gegebenenfalls auch allein für Berlin kämpfen, hatten sie im Grunde eine bezeichnende Einschätzung sowohl ihrer eigenen Stärke als mancher Bündnisprobleme bekundet; beim Ablauf der Dinge hat dann tatsächlich nicht einer der westlichen Partner auch nur in Erscheinung zu treten brauchen.

Was bedeutet das? Es bedeutet die absolute Abhängigkeit des europäischen Schicksals vom gutwilligen, richtigen und schnellen Handeln Amerikas; und diesen Tatbestand, den zu ändern nicht einmal wünschenswert wäre, kann Europa nur durch eine Flucht nach vorne historisch rechtfertigen, indem es die atlantische Verbindung nur immer enger ausbaut, zu einer möglichst vollkommenen Gemeinschaft macht, und dem genossenen Schutz künftig das absolute Vertrauen hinzufügt. Die einzelnen Nationen aber haben einen realistischen Maßstab für ihre Selbsteinschätzung erhalten.

Die Artikel von Wilhelm Backhaus erscheinen ausschließlich im Hamburger Abendblatt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit besonderer Genehmigung.

BUNTE WELT

Diebe bei Joan Fontaine

Schmuck im Werte von 40 000 Dollar (160 000 DM) wurde der amerikanischen Schauspielerin Joan Fontaine am Freitag aus ihrer Wohnung in New York gestohlen. Sie war nur für kurze Zeit aus dem Hause abwesend, als der Einbruch geschah.

Hilfe für Kamerun

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird Kamerun eine Anleihe von zehn Millionen Mark zur Finanzierung landwirtschaftlicher und industrieller Vorhaben gewähren.

Vier Jahre Zuchthaus

Wegen versuchten Totschlages in sechs Fällen wurde der 57jährige ehemalige SS-Hauptscharführer Kurt Eccarius vom Schwurgericht Coburg

GLORIA-MEHL

zu vier Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Eccarius gehörte zu den Wachmannschaften des KZ Sachsenhausen.

Koslow in Rom

Das Mitglied des Obersten Sowjets der Sowjetunion, Frol Koslow, traf zur Teilnahme am Kongreß der italienischen Kommunistischen Partei in Rom ein. Auch Delegationen aus verschiedenen anderen Ländern sind bereits dort eingetroffen.

65. Geburtstag

Seinen 65. Geburtstag begeht am Sonntag der Amtschef im schleswig-holsteinischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Ministerialdirektor Fritz Sureth.

Gesetz verlängert

Der Bundesrat hat am Freitag einer Verlängerung des Flüchtlingsnotleistungsgesetzes bis zum 31. Dezember 1967 zugestimmt. Ursprünglich sollte das Gesetz am 31. Dezember dieses Jahres auslaufen.

Nicht geschenkt

Eine Hausfrau in New Orleans (USA) stellte einen alten Sessel vor die Haustür mit einem Schild: „Wer

ihn will, kann ihn mitnehmen." Niemand hatte Interesse. Daraufhin änderte sie das Zeichen: „Zu verkaufen. Zwei Dollar." Am nächsten Tage war der Sessel gestohlen.

Schönheitsmittel

Ein Leser fragte im Briefkasten der kanadischen Zeitung „Vancouver Sun" an: „Was kann ich gegen Stirnfalten tun?" Antwort der Zeitung: „Lesen Sie weniger den politischen Teil unserer Zeitung, aber dafür mehr die Unterhaltungsbeilage."

Auslandszeitungen meinen

Europa muß beteiligt werden / Strauß – sein eigner Feind

Von Paris aus wird immer wieder der Anspruch erhoben, Europa möge bei allen weltpolitischen Entscheidungen gefragt und gehört werden.

L'AURORE

Daran erinnert auch die nationalistische französische Zeitung „L'Aurore" angesichts der Gespräche Kennedy — Mikojan.

„Möge Europa sich zur rechten Zeit erinnern, daß es als Europa wirklich existiert. Europa weiß zweifellos genau, daß Amerika es nicht aufgeben wird und die USA zum Beispiel nicht zurückweichen werden, wenn morgen West-Berlin angegriffen würde. Aber ein Kontinent wie der europäische mit seinem großen Potential auf wirtschaftlichem, kulturellem, technischem und geistigem Gebiet kann in einer weltweiten Verhandlung nicht anders als ein Teil behandelt werden, der mit berät und mit beteiligt wird. Dessen mögen sich zur rechten Zeit der Russe wie der Amerikaner bewußt werden. Wir haben die Illusion eines französisch-deutschen ‚Zweier-Europas' kritisiert. Wir glauben ebenso wenig an eine Weltverständigung zu zweit."

DIE TAT

Die schweizerische „Tat" zur Kabinettsbildung in Bonn:

„Der geplante Neubeginn verlangte im Grunde auch schon den neuen Kanzler. Es sind lediglich die eigentümlichen Gesetze der Optik und der persönlichen Rücksicht, die heute in Bonn etwas anderes diktieren. Selbst die Historie wird dabei gegen die Sache beschworen, weil später nicht geschrieben werden soll, daß der Kanzler über den ‚Spiegel' gestürzt sei. Der alte Kanzler soll jetzt für den neuen noch das Kabinett zusammenstellen — ein Einfall, der sicher einmal als neuer Treppenwitz in die Geschichte eingehen dürfte."

DIE WELTWOCHE

Über Franz-Josef Strauß schreibt die schweizerische „Weltwoche":

„Überhaupt stellt Strauß eine seltsame charakterliche Mischung dar. Er ist höchst aggressiv gegen den politischen Gegner, jedoch selbst oft sehr empfindlich mit einer überraschend feinen Haut. Er ist ferner sehr gut im Austeilen von Schlägen, doch weniger stark als Steher, wenn es sich darum handelt, die Schläge der anderen auszuhalten. Trotz alledem geben selbst seine schlimmsten Feinde zu, daß er außergewöhnlich intelligent und den meisten deutschen Politikern überlegen ist. Diese Intelligenz des Franz-Josef Strauß wäre unschlagbar, wenn er selbst nicht durch sein explosives Temperament und eine zu spitze Zunge, die er nicht zu bremsen vermag, sein eigener größter Feind wäre. In diesem unglücklichen Temperament liegt der Schlüssel zur ganzen ‚Spiegel'-Affäre, soweit sie Strauß betrifft. Hierbei hat Strauß zweifellos die Spielregeln jeder Demokratie verletzt."

DIE MEINUNG DER LESER

Diese Zuschriften geben lediglich die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten.

Briefporto bisher nur verdoppelt

Sehr geehrte Redaktion!

Warum eigentlich so viel Aufregung wegen Erhöhung der Postgebühren? Im vorigen Jahrhundert kostete ein Inlandsbrief 10 Pfennig, jetzt 20 Pfennig, also nur das Doppelte. Ist es nicht erstaunlich, und müßten wir uns nicht bei der Post bedanken, daß sie noch immer so billig ist, wo fast alle anderen Preise seit 1895 mindestens um das Vierfache bis Fünffache gestiegen sind?

Heinrich Riewesell
Elmshorn

*

Mehrfach brachten Sie Briefe, in denen Leser des Hamburger Abendblattes gegen die geplante Gebührenerhöhung bei der Post Stellung nahmen. Die Empörung dieser Herren kann

Briefporto für den Inlandverkehr: Vor dem 1. Weltkrieg 10 Pf (Marke links), heute 20 Pf, demnächst?

ich nicht teilen. Die Bundespost ist das einzige Unternehmen, das seit langen Jahren keine Gebührenerhöhung vorgenommen hat. Das Briefporto ist seit der Jahrhundertwende nur um das Doppelte gestiegen. Ein Postangestellter verdient jedoch heute ein Mehrfaches von dem, was er vor dem 1. Weltkrieg verdient hat.

Otto Canel, Hbg. 33

Von auswärts

Sehr geehrte Redaktion!

Wenn es wirklich so schlimm ist mit der Personalknappheit bei der Hamburger Hochbahn, warum stellt man denn keine Bewerber ein, die auswärts wohnen? Ich bin seit 1947 Omnibusfahrer. Wiederholt habe ich mich bei der HHA beworben und den Bescheid erhalten, daß man Personal, das außerhalb Hamburgs wohnt, nicht beschäftigen könne. Ich bin der Meinung, daß sich auch für Fahrer und Schaffner, die von auswärts kommen, geregelte Arbeitsschichten einführen lassen.

Hochachtungsvoll
Heinz Ziegner, Sprötze

Steuervorteile für Fußgänger

Sehr geehrte Herren!

Sie berichteten am 29. November über den Vorschlag, den Fußgängern die gleichen Steuer-Vorteile wie den Kraftfahrern einzuräumen. Sicher wird das jeder Fußgänger begrüßen. Soll man aber nun wünschen, daß in die bereits restlos überfüllten öffentlichen Verkehrsmittel nun noch viele Verkehrsteilnehmer aus dem Individual-Verkehr übersteigen? Soll man eine noch stärkere Überfüllung der öffentlichen Verkehrsmittel durch solche „Notmaßnahme" wirklich wünschen? Oder sollte man nicht lieber eine Entlastung der öffentlichen Verkehrsmittel anstreben?

Hier zeigt sich die Zwickmühle, in die wir durch die Versäumnisse unserer Verkehrspolitik geraten sind! Versäumnisse, die heute nicht mehr mit Steuer-Tricks zu regulieren sind. Nur durch eine Verbesserung des Verkehrsangebots der HHA und durch die gleichzeitige Anlage von Stadtautobahnen und Parkgaragen kann man dem Verkehrs-Chaos begegnen.

Hochachtungsvoll
Hansjoachim Prah, MdBü., Hamburg 13

Sitzplatz für Pudel

Sehr geehrte Herren!

Im sehr stark besetzten Eilzug Bremen—Hamburg saßen eine ältere Dame, deren Tochter und beider Zwergpudel. Für den reisenden Pudel beanspruchten die Damen einen Sitzplatz. Reisende, z. T. ältere Leute, standen, da keine Sitzplätze frei waren. Reisende, die fragten, ob der (Pudel)-Platz frei sei, erhielten die Antwort: „Besetzt." Das Hundchen durfte bis Hamburg den Sitzplatz behalten. Die Menschen, die ja schließlich auch eine Fahrkarte und somit das Recht auf einen Sitzplatz hatten, konnten stehen.

Mit freundlichen Grüßen
C. Neumann, Fuhlsbüttel

Ohne Etikett

Sehr geehrte Herren!

Zu Ihrem Bericht „Medikamente ohne Etikett" in Nr. 270 möchte ich gern sagen, daß diese „Methode" in Britannien schon seit eh und je üblich ist. Ich glaube jedoch nicht, daß auch nur ein einziger Brite dabei auf die Idee verfallen ist, daß es sich bei diesem Brauch der Apotheken um bewußte „Irreführung" der Patienten handelt. Schließlich verschreibt ja nicht die Apotheke die jeweilig erforderlichen Medikamente, sondern der Arzt, und wir sind es einfach gewohnt, daß er uns dabei mittelt, was für „schreckliche" Sachen wir da nun eigentlich zu uns nehmen sollen.

Mit freundlichen Grüßen
Margret Reid, Hamburg 43

Strauß: ‚Ich bleibe sehr wachsam'

Erklärung vor dem CSU-Vorstand / „Ausschlafen und Urlaub"

Eigener Dienst - dpa

München, 1. Dezember

„Die CSU wird Bundeskanzler Dr. Adenauer beim Bemühen um eine Kabinettsbildung jede Unterstützung geben, die nach unserer Überzeugung und Selbstachtung möglich ist." Das versicherte der CSU-Landesvorsitzende Franz Josef Strauß am Freitagabend in München. Zuvor hatte er auf einer vierstündigen Sitzung der CSU-Spitzengremien endgültig auf einen Ministerposten im neuen Kabinett Adenauer verzichtet und damit den Weg für die Regierungsumbildung freigemacht.

In einer Erklärung nach Abschluß der Beratungen sagte Strauß, er glaube mit seiner Entscheidung „der gemeinsamen Verantwortung zum gegenwärtigen Zeitpunkt am besten dienen zu können". Das Konto der überflüssigen Krisen sei bereits überzogen.

Zuvor hatte der Minister dem CSU-Vorstandsgremium ausführlich über die Verhandlungen der letzten Tage in Bonn berichtet. In der Aussprache meldeten sich 25 Teilnehmer zu Wort. Die Diskussion war sehr lebhaft, vor allem, als die Frage des Koalitionsverhältnisses zwischen CDU und CSU angeschnitten wurde. Dabei soll von einigen Teilnehmern die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft für den Fall gefordert worden sein, daß die CDU darauf bestehe, Strauß nicht in ein neues Kabinett zu übernehmen. Strauß selbst und einige seiner Bonner Freunde aber glätteten die Wogen.

Landwirtschaftsminister Dr. Hundhammer, der Gegenspieler von Strauß in der CSU, der lächelnd den Sitzungssaal betreten hatte, erklärte nach den Beratungen: „Es ist alles durchaus vernünftig gelaufen. Die Situation ist jetzt klar."

In einer Erklärung stellte der CSU-Landesvorstand fest, daß Strauß seine Entscheidungen in der „Spiegel"-Affäre nach bestem Wissen und Gewissen getroffen habe. Die CSU habe von der Erklärung Strauß' Kenntnis genommen, daß er eventuelle Fehler und Mißverständnisse bedauere. Für seine erfolgreiche Tätigkeit „im Dienste der Sicherung des Bundes und für sein pflichtbewußtes Verhalten" spreche ihm die CSU Dank und Anerkennung aus.

Von Reportern nach seiner nächsten politischen Zukunft befragt, sagte Strauß am Freitagabend: „Ich habe jetzt nur einen Plan: mich ordentlich auszuschlafen, einen ausreichenden Urlaub zu nehmen, mich meiner Familie zu widmen und darauf zu achten, daß die von mir verfolgte politische Grundlinie vor allem in der Verteidigungspolitik auch weiterhin gehalten wird." Er werde „sehr, sehr wachsam" den Ablauf der Ereignisse verfolgen.

Schröder sagt Pressekonferenz ab

Associated Press - upi

Kalkutta, 1. Dezember

Bundesaußenminister Dr. Schröder hat seinen Aufenthalt in Indien am Freitag abgebrochen. Der Minister, der den Bundespräsidenten auf einem Teil seiner Asienreise begleitet hat, trifft am heutigen Sonnabend in Bonn ein. Eine für heute in Kalkutta angesetzte Pressekonferenz wurde abgesagt.

Vor seinem Abflug aus Kalkutta erklärte Schröder, seine Anwesenheit in Bonn sei wegen wichtiger Staatsgeschäfte dringend erforderlich. Da seine politische Gespräche mit der indischen Regierung abgeschlossen seien, könne er getrost abreisen. Schröder bestritt, daß seine vorzeitige Rückkehr aus Asien mit der Regierungsneubildung in Bonn zusammenhänge.

Einstimmig U Thant

Associated Press - dpa

New York, 1. Dezember

Einstimmig hat die UNO-Vollversammlung den bisher amtierenden UNO-Generalsekretär U Thant für seine reguläre Amtsperiode bis zum 3. November 1966 in seinem Amt bestätigt. Bei der Festlegung der fünfjährigen Amtszeit des 53jährigen birmanischen Diplomaten wurde seine Tätigkeit als amtierender Generalsekretär mitgerechnet.

U Thant

U Thant ist der dritte Generalsekretär in der 17jährigen Geschichte der Weltorganisation. Auf Empfehlung des Haushaltsberatungsausschusses der UNO werden die Dienstbezüge des Generalsekretärs künftig erhöht. Das Jahresgehalt steigt um 7500 auf 27 500 Dollar (108 000 Mark), die Aufwandsentschädigung um 2500 auf 22 500 Dollar (90 000 Mark) jährlich.

Über die erste Hürde

Sozialpaket vor Bundesrat / Zurück an die Regierung

Von unserer Bonner Redaktion

fr. **Bonn, 1. Dezember**

Das Sozialpaket der Bundesregierung hat die erste parlamentarische Hürde passiert. Der Bundesrat billigte in erster Lesung die drei Sozialgesetze über die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Reform der Krankenversicherung und des Kindergeldes.

Die Länderkammer hat aber eine Fülle von Änderungswünschen angemeldet. Die Gesetzentwürfe gehen zunächst an die Bundesregierung zurück und dann an den Bundestag.

Der Bundesrat nahm u. a. einen Antrag seines Sozialausschusses an, durch den verhindert werden soll, daß durch anderslautende Vereinbarungen der Grundsatz der vollen Lohnfortzahlung gebrochen werden kann. Die Länderkammer sprach sich weiter dafür aus, daß die bei Arbeitsunfähigkeit erforderlichen ärztlichen Bescheinigungen keine Angaben über die Art der Krankheit enthalten sollen, wenn der Arbeitnehmer das nicht wünscht. Die Bundesregierung soll weiter prüfen, wie vermieden werden kann, daß Kurzarbeiter bei der Lohnfortzahlung benachteiligt werden.

Sicherungen gegen schädliche Medikamente

Eigener Bericht

wl. **Hamburg, 1. Dezember**

Eine Novelle zum Arzneimittelgesetz, die wesentliche Sicherungen gegen schädliche Medikamente enthalten soll, kündigte Bundesgesundheitsminister Dr. Elisabeth Schwarzhaupt auf einer Parteiversammlung der CDU in Hamburg an.

Die Ministerin sprach sich dafür aus, daß jedes Medikament mit neuen Wirkstoffen zunächst für drei Jahre rezeptpflichtig sein solle. Sie forderte die Bevölkerung auf, mit dem Gebrauch von Medikamenten noch vorsichtiger umzugehen. „Es gibt kaum ein Medikament, das nach Gebrauch frei von Nebenwirkungen ist", erklärte Dr. Schwarzhaupt.

Das ist die Telefonnummer, über die Sie den ›Hamburger Abendblatt‹-Lieferdienst erreichen, der Ihre Abonnementsbestellung entgegennimmt. Rufen Sie noch heute an — denn dann kommt das ›Hamburger Abendblatt‹ Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche kostenlos zu Ihnen ins Haus.

Sie können natürlich auch den untenstehenden Bestellschein benutzen. Füllen Sie ihn aus, und schicken Sie ihn — im Briefumschlag oder auf eine Postkarte geklebt — noch heute an das ›Hamburger Abendblatt‹, 2000 Hamburg 36.

Bestellschein

Hiermit abonniere ich ab sofort das ›Hamburger Abendblatt‹ zum monatlichen Bezugspreis von 3,65 DM zuzüglich 90 Pf Expeditionskosten, zusammen also 4,55 DM (Inlandspreis). Die Ausgaben des ›Hamburger Abendblattes‹ vom 3., 4. und 5. Dezember erhalte ich kostenlos und für die Zeit vom 6. bis 31. Dezember zahle ich den Teilmonatspreis von 3,80 DM.

Name: _____

Anschrift: _____

(Bitte in Blockschrift ausfüllen) (112)

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 33, u. 2000 Hamburg 1, Mönckebergstr. 3, Sa.-Nr. 34 91 91 (Durchwahl 34 91 9 . . .). Telegr.-Adr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 021 18 91, Berliner Red.: Mariendorfer Damm 1/3, Tel. 70 10 34, Bonner Red.: Wilhelm-Spurtus-Ufer 4, Haus 2a, Tel. 2 61 81, Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 33 38 51/54, Kieler Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 2 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheinungsweise: wöchentlich werktags. Inlandspreise: Frei Haus mtl. 4,55 DM (einschließl. 35 Pf Exp.-Kosten u. 55 Pf Zustellgeb.). Selbstabholg. 3,95 DM. Postbezug 4,01 DM (einschl. 83 Pf Beförderungsgebühr) zuzüglich 36 Pf Zustellgeb. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 19. — Postscheckkonten: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 32 66, Anz. Hamburg 142 00